

RzF - 43 - zu § 134 Abs. 2 FlurbG

- 1. Ein nach dem Anhörungstermin erfolgter Widerspruch gegen den Bodenordnungsplan im Allgemeinen oder gegen die Wertermittlung im Einzelnen ist in keinem Fall ein Widerspruch, der den Erfordernissen des § 59 Abs. 2 FlurbG entspricht.**
- 2. Eine Nachsichtgewährung gemäß § 134 Abs. 2 und 3 FlurbG ist nur dann gerechtfertigt, wenn für den Teilnehmer eine unbillige Härte eintritt, die offenbar ist, d.h. sie muss ohne besondere Untersuchungen erkennbar zu Tage treten. Es ist nicht Sinn dieser Regelung, die sachlichen Einwendungen auf das Genaueste so zu untersuchen, als wären sie fristgerecht in das Verfahren eingeführt worden.**

Flurbereinigungsgericht Magdeburg, Urteil vom 07.12.2010 - 8 K 10/09

Aus den Gründen:

Die Klage hat keinen Erfolg, weil die Klägerin es entgegen § 63 Abs. 2 des Landwirtschafts Anpassungsgesetzes - LwAnpG - i. V. m. § 59 Abs. 2 und 4 des Flurbereinigungsgesetzes - FlurbG - versäumt hat, im Termin zur Anhörung der Beteiligten und zur Bekanntgabe des Bodenordnungsplans A-Stadt am 21. April 2008 Widerspruch einzulegen.

1. Nach dieser Vorschrift müssen die Beteiligten Widersprüche gegen den bekannt gegebenen Bodenordnungsplan zur Vermeidung des Ausschlusses in einem Anhörungstermin vorbringen. Das Flurbereinigungsgesetz schreibt damit zwar nicht ausdrücklich vor, in welcher Form, mündlich oder schriftlich, eine Beschwerde nach § 59 Abs. 2 FlurbG zu erheben ist. Jedenfalls aber müssen die Beteiligten nach dem insoweit eindeutigen Wortlaut des § 59 Abs. 2 FlurbG Beschwerden gegen den Bodenordnungsplan „zur Vermeidung des Ausschlusses in einem Anhörungstermin vorbringen“ (BVerwG, Urt. v. 06.05.1970 - BVerwG IV C 59.69 -, zitiert nach juris).

Ein nach dem Anhörungstermin erfolgter Widerspruch gegen den Bodenordnungsplan im Allgemeinen oder gegen die Wertermittlung im Einzelnen ist in keinem Fall ein Widerspruch, der den Erfordernissen des § 59 Abs. 2 FlurbG entspricht. Insoweit hat das Bundesverwaltungsgericht bereits in seinem Urteil vom 06.05.1970 (a. a. O.) ausgeführt:

„Jede andere Deutung des § 59 Abs. 2 FlurbG würde dazu führen, daß diese Vorschrift leerliefe: Es wäre dann einmal völlig gleichgültig, ob die Beteiligten im Anhörungstermin erschienen oder nicht, sie könnten ihre Beschwerde schriftlich oder mündlich oder gar zu Protokoll der Flurbereinigungsbehörde vor dem Anhörungstermin erheben, brauchten sich um den Termin selbst nicht zu kümmern und könnten notfalls immer noch später unter Inanspruchnahme des Instituts der Nachsichtgewährung gemäß § 134 Abs. 2 FlurbG mit ihren Beschwerden hervortreten. Das ist indessen nicht der Sinn des § 59 Abs. 2 FlurbG und erst recht nicht derjenige des Absatzes 4, wonach "Beschwerden nach Absatz 2" in die Verhandlungsniederschrift aufzunehmen sind.

Eine nicht in dem Anhörungstermin durch den Beteiligten selbst oder einen Vertreter erhobene Beschwerde ist eben keine nach Absatz 2 erhobene und braucht daher nicht in die Verhandlungsniederschrift aufgenommen zu werden. Beschwerden werden mithin erst durch die Aufnahme in die Sitzungsniederschrift über den Anhörungstermin existent.“ – von denjenigen zunächst abgesehen, die unter den Voraussetzungen des § 134 Abs. 2 FlurbG nachträglich zugelassen oder die nach § 59 Abs. 5 FlurbG nach Landesrecht ebenfalls nachträglich zusätzlich erhoben werden.“

Der erkennende Senat schließt sich diesem Verständnis des § 59 Abs. 2 FlurbG an. Die damit verbundene Beschränkung des Rechts auf Einlegung des Widerspruchs dient der Rechtssicherheit und vor allem der Beschleunigung des Verfahrens; denn nach Ablauf des Anhörungstermins, in dem die Beschwerden anzubringen sind, soll feststehen, ob der einzelne Teilnehmer mit seiner Abfindung einverstanden ist oder nicht. Diese Ziele würden nicht zu erreichen sein, wenn alle vor- oder nachher schriftlich vorgebrachten Einwendungen unabhängig von der Anwesenheit der betreffenden Teilnehmer behandelt und in das Protokoll aufgenommen werden müssten.

Die Klägerin kann sich insoweit auch nicht mit Erfolg darauf berufen, der Bodenordnungsplan sei aufgrund eines Verstoßes gegen die Anhörungspflicht gemäß § 32 FlurbG verfahrensfehlerhaft ergangen, nicht im Sinne des § 37 Abs. 1 VwVfG inhaltlich hinreichend bestimmt und verstoße hinsichtlich der Wertfestsetzung gegen die Grundsätze des Sachsenrechtsbereinigungsgesetzes; denn diese formellen und materiellen Beschwerden wären im Rahmen des Anhörungstermins vorzutragen gewesen.

Die Klägerin ist mit Schreiben vom 1. April 2008 auch ordnungsgemäß im Sinne des § 59 Abs. 2 FlurbG belehrt worden. Danach ist in der Ladung darauf hinzuweisen, dass die Beteiligten Widersprüche zur Vermeidung des Ausschlusses in dem Anhörungstermin vorbringen müssen. Gleichwohl hat die Klägerin in dem Termin keinen Widerspruch erhoben.

2. Gründe für eine Zulassung des verspäteten Widerspruchs nach § 134 Abs. 3, Abs. 2 FlurbG (sog. Nachsichtgewährung), der als spezialgesetzliche Regelung die Vorschrift des § 32 VwVfG (Wiedereinsetzung) verdrängt (BayVGh, Beschl. v. 29.03.1994 - 13 AS 93.4039 -, = RzF - 34 - zu § 134 Abs. 2 FlurbG), sind ebenfalls nicht gegeben.

Eine unverschuldete Versäumung der Widerspruchsfrist nach § 134 Abs. 2 Satz 2 FlurbG kommt schon deshalb nicht in Betracht, weil Gründe, warum die Klägerin nicht bereits im Anhörungstermin ihre formellen und materiellen Beschwerden vorgetragen hat, nicht geltend gemacht worden sind. Diese hätten zudem unverzüglich nach Behebung des etwaigen Hindernisses - und nicht erst mehr als drei Wochen nach Erhalt der Zahlungsaufforderungen - vorgetragen werden müssen (BayVGh, Urt. v. 03.02.1983 - 13 A 81 A.2817 -, BayVBl. 1983, 595).

Der Beklagte hat es des Weiteren auch zu Recht abgelehnt, den Widerspruch der Klägerin trotz Fristversäumnis zuzulassen. Eine - bei schuldhafter Fristversäumnis - im Ermessen stehende Nachsichtgewährung gemäß § 134 Abs. 2 Satz 1 FlurbG setzt eine Interessenabwägung zwischen den Erfordernissen der Beschleunigung des Verfahrens und der Rechtssicherheit, die eine zeitliche Begrenzung des Beschwerderechts erfordern, und dem sachlich-rechtlichen Anspruch des Teilnehmers auf eine dem Gesetz entsprechende Abfindung voraus. Nur wenn dieser Anspruch derart berührt wird, dass für den Teilnehmer eine unbillige Härte eintritt, ist die Nachsichtgewährung gerechtfertigt. Unbedeutende Beeinträchtigungen haben außer Betracht zu bleiben. Die für den Teilnehmer eintretende Härte muss offenbar sein, d.h. sie muss ohne besondere Untersuchungen erkennbar zu Tage treten. Es ist nicht Sinn dieser Regelung, die

sachlichen Einwendungen auf das Genaueste so zu untersuchen, als wären sie fristgerecht in das Verfahren eingeführt worden (BVerwG, Beschl. v. 18.02.2004 - BVerwG 9 B 8.04 -, zit. nach juris, m. w. N.). Bei der erforderlichen Abwägung ist außerdem der Zeitablauf zwischen dem Eintritt der Säumnis und der Erhebung des verspäteten Rechtsmittels zu berücksichtigen; aus dem Beschleunigungsgrundsatz ergeben sich zeitliche Grenzen für die im Ermessen der Behörde stehende Nachsichtgewährung (BVerwG, Urt. v. 07.05.1965 - BVerwG IV C 78.65 -, zit. nach juris; BVerwG, Beschl. v. 29.11.1978 - BVerwG B 21.75 -, = RzF - 28 - zu § 134 Abs. 2 FlurbG). Es muss von einem Teilnehmer erwartet werden, dass er Einwendungen gegen die mit Rechtsmitteln nicht mehr anfechtbaren Schlussakte eines abgeschlossenen Verfahrensabschnitts unverzüglich nach deren Bekanntwerden geltend macht (BVerwG, Urteil vom 17.04.1975 - BVerwG V C 38.74 -, zit. nach juris).